

Freitag, 22. Mai 2026

Meinungen zur Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz»

Zur nationalen Abstimmung vom 14. Juni

Die Diskussion rund um die 10-Millionen-Initiative wird oft so geführt, als wären internationale Fachkräfte einfach eine abstrakte Zahl. Wer jedoch wie ich in einem Zuger Unternehmen arbeitet, erlebt etwas anderes: Menschen aus unterschiedlichsten Ländern, die hier arbeiten, Verantwortung übernehmen, Vereine mittragen, ihre Kinder in lokale Schulen schicken. Diese Vielfalt ist ein wichtiger Teil des Erfolgs unseres Kantons. Viele internationale Mitarbeitende integrieren sich gut, lernen Deutsch oder Schweizerdeutsch und engagieren sich langfristig in unserer Gesellschaft. Sie bereichern Zug wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell. Gleichzeitig gehört aber auch zur Realität, dass Integration nicht immer und überall gleich gut gelingt – darüber sollte man offen sprechen dürfen. Gleichzeitig müssen wir uns als Unternehmen auch immer wieder selbst kritisch hinterfragen. Wachstum bringt Herausforderungen mit sich – insbesondere beim Wohnraum, bei der Infrastruktur und beim gesellschaftlichen Zusammenleben. Dafür tragen auch Unternehmen Verantwortung. Diese Diskussion müssen wir offen und ehrlich führen. Gerade deshalb braucht es Augenmass statt einfacher Parolen. Wir müssen attraktiv bleiben für Innovation, Arbeitsplätze und internationale Unternehmen – gleichzeitig aber auch den Fokus wieder stärker auf den heimischen Arbeitsmarkt legen und Menschen, die bereits hier wohnen, bewusst Chancen geben. Dafür braucht es keine starre Obergrenze, sondern verantwortungsvolles Handeln. Ich spreche hier insbesondere alle Führungskräfte an, die in Einstellungsprozesse involviert sind. Genau dort müssen wir ansetzen, statt die Verantwortung einfach der Politik zu überlassen. Die Zuger Wirtschaftskammer geht dieses Thema aktiv an: Bereits im April haben wir mit Personal- und Geschäftsverantwortlichen über die Stärkung des inländischen Arbeitsmarkts diskutiert. Diesen Dialog werden wir im Verlauf des Jahres weiter vertiefen. Eine starre Obergrenze wird der Realität nicht gerecht. Sie löst die konkreten Probleme nicht, gefährdet aber Wohlstand, Innovation und die Offenheit, von denen Zug seit Jahrzehnten profitiert. Zug war immer dann erfolgreich, wenn Offenheit und Verantwortung zusammengegangen sind.

Alexander Senn, Vorstand Zuger Wirtschaftskammer

Die Personenfreizügigkeit mit der EU trat 2002 in Kraft. Seither sind netto weit über 1,7 Millionen Menschen zusätzlich in die Schweiz eingewandert. Trotzdem hören wir seit Jahren immer wieder dieselbe Begründung: angeblicher Fachkräftemangel. Viele Menschen fragen sich deshalb zu Recht: Wie kann es sein, dass trotz dieser massi-

ven Zuwanderung der Mangel angeblich immer grösser wird? Offensichtlich läuft etwas grundlegend falsch. Hinzu kommt: Es bleibt selten bei einer einzelnen Arbeitskraft. Durch Familiennachzug und Umfeld kommen oft weitere Personen dazu. Das spüren wir längst im Alltag – bei Wohnungen, Verkehr, Schulen und Infrastruktur. Noch gravierender ist etwas anderes: Das Schweizer Volk hat 2014 die Masseneinwanderungsinitiative angenommen. Der Auftrag war klar. Umgesetzt wurde praktisch nichts. Die Zuwanderung lief weiter wie bisher. Viele Menschen haben genug. Und darum geht es längst nicht mehr nur um die SVP oder um Parteipolitik. Es geht darum, endlich ein Zeichen zu setzen. Ein Zeichen dafür, dass Volksentscheide ernst genommen werden und die Schweiz ihre Entwicklung wieder selber steuern kann.

Alex Haslimann, Kantonsrat SVP, Risch

Gerhard Pfister bringt es im NZZ-Interview auf den Punkt: «Nichts ist gratis in dieser Welt.» Gerade für den Kanton Zug ist das eine zentrale Erkenntnis. Unser Wohlstand, unsere tiefen Steuern und die hohe Lebensqualität kommen nicht einfach von selbst – sie sind das Resultat eines offenen, international vernetzten und wirtschaftsfreundlichen Standorts. Ja, das Wachstum bringt Herausforderungen mit sich: steigende Mieten, mehr Verkehr, dichtere Räume. Diese Sorgen sind real und müssen ernst genommen werden. Aber die Antwort darauf kann nicht sein, den Ast abzusägen, auf dem unser Erfolg basiert. Wer den bilateralen Weg und die Personenfreizügigkeit infrage stellt, gefährdet genau jene Unternehmen, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen, die unseren Wohlstand finanzieren. Gerade in Zug sehen wir: Internationale Firmen, Fachkräfte und Unternehmertum schaffen nicht nur wirtschaftlichen Erfolg, sondern ermöglichen auch Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Lebensqualität. Die Folgen von Wachstum zu bewältigen ist anspruchsvoll – aber weit besser, als mit abwandernden Firmen und fehlenden Perspektiven konfrontiert zu sein. Deshalb braucht es jetzt Ehrlichkeit statt einfache Parolen. Wachstum muss gestaltet werden – nicht blockiert.

Claudia Pittner, Geschäftsführerin Zuger Wirtschaftskammer, Zug

Seit Jahren stimmen wir in der Schweiz immer wieder über Vorlagen und Initiativen ab, bei denen die Einen den Teufel an die Wand malen, wenn dies oder das angenommen oder abgelehnt wird. Erinnern Sie sich noch an die EWR-Abstimmung? Was wurde da gelogen und gedroht. Es kam ganz anders als die Befürworter orakelten oder gar schon wussten. Schon wieder steht mit der Abstimmung über die Anzahl Einwohnerinnen und Einwohner eine Vorla-

ge zum Entscheid und schon wieder wird gelogen, gedroht und Untergangsstimmung verbreitet. Die Wirtschaft wird bei einer Annahme leiden, die Spitalpflege steht am Abgrund und unser Land manövriert sich ins Abseits, ja gar in den Abgrund. Ich weiss nicht, wie sich die Neinsager zur Initiative der SVP zur die Zukunft unseres Landes vorstellen, ich weiss auch nicht, warum sogar der Bundesrat sich eine immer dichter besiedelte Schweiz vorstellt, ich kann allen nur empfehlen, die Initiative anzunehmen, denn wie die Geschichte der letzten Jahre zeigt: Es wird nicht so heiss gegessen, wie es gekocht wurde.

Tony Spillmann, Zug

Die Schweiz wächst seit Jahren schneller, als ihre Infrastruktur mithalten kann, und das spürt man im Alltag. Wer heute eine Wohnung sucht, weiss, was gemeint ist. Wer morgens in den Zug steigt, auch. Ein Ja zur Nachhaltigkeitsinitiative ist kein Angriff auf Menschen, die hier leben und arbeiten wollen. Es ist ein Nein zu Wachstum ohne Plan. Man kann nicht endlos Wachstum feiern und gleichzeitig über steigende Kosten und sinkende Lebensqualität klagen. Jeden Tag verschwinden acht Fussballfelder Kulturland unter Beton, unwiederbringlich. Was einmal gebaut ist, bleibt gebaut. Die Schweiz, die wir kennen und lieben, wird es so nicht mehr geben. Denn ein kleines Land hat Grenzen, auch wenn das unbequem ist auszusprechen. Nachhaltigkeit ist mehr als ein Schlagwort. Es bedeutet auch die schlichte Frage, wie viele Menschen ein Land dauerhaft tragen kann, ohne sich selbst zu verlieren. Wer Nein stimmt, sagt im Klartext: Weiter so. Noch mehr Beton, noch höhere Mieten, noch mehr Druck und Belastung für alle, die bereits hier leben und deren Lebensqualität Jahr für Jahr sinkt. Eines der reichsten Länder der Welt und trotzdem können sich immer weniger Menschen eine normale Wohnung leisten. Irgendwas stimmt da doch nicht. Die Rechnung dafür bezahlen nicht die, die vom Wachstum profitieren. Die bezahlen wir alle. Ein Ja zwingt endlich zur Planung, statt blind weiterzuwachsen. Es geht nicht darum, die Schweiz kleiner zu machen, sondern lebenswerter. Für uns heute und für die Generationen, die nach uns kommen. Ich stimme ein überzeugtes Ja. Weil blindes Wachstum kein Fortschritt ist, sondern Raubbau an unserem eigenen Land.

Manuela Imhof, SVP Cham

Es gibt nur zwei Kantone, deren Bevölkerung in den letzten 50 Jahren um mehr als 80 Prozent zugenommen hat: Freiburg (84 Prozent) und Zug (82 Prozent). Deren Wachstum ist fast doppelt so stark wie das im schweizerischen Durchschnitt (44 Prozent). Was Zug betrifft, kommt hinzu, dass es der einzige Kanton ist, in dem es mehr Beschäftigte (etwa 137'000) als Wohnende (135'000) hat. Fast

Kunst auf dem Wasser



Auf dem Goldseeli bei Goldau hat unser Leser diese schöne Seerose entdeckt – von Blüten umrahmt.

Bild: Stefan Kunz

ein Drittel der Beschäftigten pendeln werktäglich in unseren Kanton. Ein Grossteil dieser Personen gehören zu den 36'000 Zugerinnen und Zugern, die allein zwischen 2011 und 2021 in einen Nachbarkanton zügelten. In anderen Worten: Zug hat das zweithöchste Wachstum in der Bevölkerung und hat zusätzlich dessen Zunahme in den Nachbarkantonen beschleunigt. Diese Entwicklung ist eine Folge der Tiefststeuerpolitik, die systematisch Firmen und Gutverdienende angezogen und gleichzeitig viele Mittelstands-Familien aus dem Zugerland verdrängt hat. Anstatt die wahren Gründe dieser Fehlentwicklung zu benennen, ziehen rechtsbürgerliche Politikerinnen und Politiker auf die Migrantinnen und Migranten. Jede und jeder weiss, dass das Gesundheitswesen und die Industrie ohne sie in kürzester Zeit zusammenbrechen würden. Wer die Probleme wie die Wohnungs- und Mietzinsnot lösen oder mindestens lindern will, zielt nicht auf Menschen, die systemrelevante Arbeit leisten, sondern auf die völlig verkehrte Steuer- und Standortpolitik im Kanton Zug. Vernunft und Menschlichkeit sagen Nein zur Chaos-Initiative der SVP.

Konradin Franzini, Kantonsrat Grüne, Rotkreuz

Es ist unbestritten eine wegweisende und emotionale Abstimmung für unser Land. Erlaubt dies aber fragwürdige Behauptungen oder gar Unwahrheiten

ner», die Konzerne und deren Verbände, weibeln auch für ein Nein und buttern Millionen in die Kampagne. Das verstehe ich auch, einerseits kommen jährlich 80'000 potenzielle neue Kunden, andererseits fürchtet man den Verlust billiger Arbeitskräfte, mit denen man die teuren 50+ Mitarbeiter ersetzt. Um die können sich dann Gesellschaft und Staat kümmern. Also, glauben Sie bitte nicht alles und stimmen Sie selbstbewusst Ja, für eine souveräne, lebenswerte Schweiz.

Emil Schweizer, Kantonsrat SVP, Neuheim

Es gibt wohl nur einige Hundert, vielleicht aber ein paar Tausend Leute in der Schweiz, die sehr viel kassieren. Leute, denen es ausserordentlich gut geht, die aber den Hals nicht voll bekommen, denn wer viel Stutz hat, der hat viel Macht und Einfluss. Das sind Leute, die Mitarbeitende entlassen, wenn die Wirtschaft leicht abflaut. Werden die Entlassenen zu Sozialfällen, zahlt der Bürger, nicht der Abzocker, so ist es Brauch. Geht es wieder besser, werden Leute importiert. Die Zahl von Wirtschaftsflüchtlingen, die nicht den Status der Genfer Konvention haben, wächst. Die vorläufig Aufgenommenen bleiben hier als Sozialtouristen. Ich erhalte pro Monat 2520 Franken AHV. Damit kann kein Mensch leben – Wohnung, Krankenkasse, bescheidenes Essen und Kleider. Ein Flüchtling kostet schon ein bisschen mehr als 2520, hat aber keine Sozialversicherung beziehungsweise Steuern bezahlt. Und dann kommen noch seine Verwandten. Der Steuerzahler wird in die Pflicht genommen, er zahlt. Vermutlich zahlt der Sozialschmarotzer keine Steuern, der AHV-Bezüger aber sehr wohl. Wir brauchen Zuwanderung von qualifizierten Kräften. Die vermehrte Ausbildung von Fachleuten in der Schweiz scheint für die Politik nicht relevant zu sein. Ein wenig spektakuläres Thema, das Geld kostet. Man lässt die Frauen und Männer im Ausland ausbilden. Aber wir brauchen Fachkräfte, die AHV zahlen. Wir scheinen vergessen zu haben, dass es sich bei den Fachleuten um Menschen handelt, die älter werden, und die in 30 oder 35 Jahren zu AHV-Bezügern mutieren. Die Infrastrukturkosten explodieren – exponentiell – und der Boden kann nicht vermehrt werden, ausser die Berge würden abgetragen, was wiederum den Zugang von Hunderttausenden aus dem Ausland bedingte. Ja, ich habe Migrationshintergrund. Mein Nonno mütterlicherseits kam, nachdem er den 1. Weltkrieg als Soldat überlebt hatte, in die Schweiz. Es gab noch keine AHV und auch keine Arbeitslosenversicherung. Sozialhilfe für Ausländer – Fehlanzeige. Er musste arbeiten, machte sich selbständig und heiratete eine Zürcher Oberländerin. Ging dann im Alter von 59 Jahren ohne seine Kinder zurück nach Padua.

Werner-Jakob Wanner, Cham